

**Betreff:**

Widerspruchsmöglichkeiten gegen Google-Street-View  
-Antrag der CDU-Stadtverordnetenfraktion vom 24.08.2010-

**Antragstext:**

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Beschäftigung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. Wiesbadens Bürger nochmals über die jetzt verbesserten Widerspruchsmöglichkeiten gegen die Veröffentlichung von Bildern ihrer Häuser und Wohnungen im Internet durch Google-Street-View zu informieren;
2. zu prüfen, ob die Stadt auch über ihre Wohnungsbaugesellschaften über die Widerspruchsmöglichkeiten informieren kann;
3. zu klären, ob Google durch die Bilderstellung den Tatbestand der Sondernutzung erfüllt hat und deshalb die Möglichkeit einer Erhebung von Gebühren seitens der Stadt besteht.

Wiesbaden, 25.08.2010